

War unter Kádár alles besser?

Autor(en): **Raskó, György**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **86 (2006)**

Heft 2

PDF erstellt am: **25.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-167520>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Dass es Ungarn heute auch wirtschaftlich sehr viel besser geht als in der Zeit vor der Wende, steht objektiv betrachtet ausser Frage. Unbestritten ist aber auch, dass die Entwicklung seither nicht nur Gewinner kennt.

War unter Kádár alles besser?

György Raskó

«Hungarians are better off than ever on average», stand am 12. Dezember 2005 in der «Financial Times» zu lesen, und die Aussage machte Furore. «Falsch!», hiess es in den Reihen der führenden bürgerlichen Oppositionspartei Fidesz: Millionen von Ungarn gehe es schlecht, sie lebten nicht nur in grosser, sondern auch in wachsender Armut. «Richtig!», tönte es von der Regierung zurück: sämtliche zur Verfügung stehenden Indizes zum Lebensniveau der Ungarn stünden 2005 besser als jemals zuvor. Nun ist es nicht meine Aufgabe, den Schiedsrichter zu spielen; der nachfolgende Überblick mag aber immerhin helfen, die wirtschaftliche Situation des Landes ein halbes Jahrhundert nach der Revolution von 1956 zu erhellen.

Beginnen wir noch vor der Wende. In den 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts galt Ungarn als die «fröhlichste Baracke» innerhalb des sowjetischen Blocks. Zu Recht, denn zwischen 1960 und 1989 wuchsen Bruttoinlandprodukt und Konsum im Jahresdurchschnitt zwischen 5 und 7 Prozent – und die Ungarn durften sogar frei ausreisen. Im Lichte der Ereignisse nach 1989 ist überdies bemerkenswert, dass der Realwert der Renten in jener Zeit um 155 Prozent stieg.

Die damalige relative Wohlfahrt war unter anderem auch der Tatsache zu verdanken, dass das kommunistische Regime unter Kádár, was die Wirtschaftspolitik betraf, ausgesprochen prag-

matisch vorging. Die Regierung liess zu, dass Bürger «privatisierten», dass sie also im kleinen Rahmen privatwirtschaftlich tätig wurden. Kleinindustrie und «häusliche Landwirtschaft» blühten; privatwirtschaftliche Unternehmen mit vollkommen selbständigem Rechtsstatus schossen wie Pilze aus dem Boden. Als die inneren Ressourcen des Wirtschaftswachstums zu Beginn der Achtzigerjahre allmählich zur Neige gingen, wurde ausländischem Kapitalzufluss ohne jede besondere ideologische Debatte der Weg bereitet. Die Vertreter des ersten Grossinvestors (General Electric) wurden persönlich vom Ministerpräsidenten Károly Grósz begrüsst.

Trotz diesen relativen Erfolgen reformkommunistischer Wirtschaftsführung geriet die ungarische Wirtschaft in den letzten Jahren vor der Wende an den Rand des Abgrunds. Die Führung unter Kádár hatte allerdings nicht den Mut, auf die Aufrechterhaltung des «fröhlichen Baracke»-Gefühls zu verzichten – und war gerade darum auf äussere Hilfe angewiesen. Allen Protesten aus Moskau zum Trotz wurde Ungarn 1982 als erstes sozialistisches Land Mitglied der Weltbank, später des IMF und trat 1986 jener Cairns-Gruppe bei, die auf die Liberalisierung des Welthandels drängte. So öffneten sich zwar die Türen zur internationalen Finanzwelt; doch die enorme Verschuldung des Landes war der Preis eines künstlich aufrechterhal-

tenen Lebensniveaus bei sinkender Wirtschaftsleistung. Der sprichwörtliche kleine Mann auf der Strasse merkte davon wenig, auch wenn János Kádár anlässlich der Maiaufmärsche Jahr für Jahr wiederholte: «Genossen, schon wieder haben wir mehr konsumiert als produziert...».

Nach aussen blieb die Fassade schlecht und recht gewahrt; erst nach der Wende erkannte man den Ernst der Lage. 1990 war die Staatskasse leer, die akkumulierte äussere Verschuldung belief sich auf 22 Milliarden Dollar – und diese Ankündigung rief selbst unter Wirtschaftsexperten Bestürzung hervor. József Antall, der Ministerpräsident jener konservativen Koalition, die bei den ersten freien Parlamentswahlen gewonnen hatte, musste unter zwei Möglichkeiten wählen. Entweder würde er die Gläubiger um ein Zahlungsmoratorium ersuchen und einen zumindest teilweisen Erlass der Schulden beantragen, wie es etwa die Polen und Rumänen vorgemacht hatten. Oder aber er würde zuhause den Gürtel sehr viel enger schnallen lassen müssen. Antall wählte die zweite Option. Die unangenehmen innenpolitischen Begleiterscheinungen (vorab den Verlust seiner Beliebtheit) nahm er bewusst auf sich. Vordringlich war, die Glaubwürdigkeit des Landes zurückzugewinnen, um schnellstmöglich westliches Kapital für die Sanierung einer kaputten Volkswirtschaft anzuziehen.

So liess man die Menschen die bittere Pille schlucken, noch während sie den Untergang des kommunistischen Regimes feierten. Innerhalb von zwei Jahren sanken der Konsum der Bevölkerung und die Reallöhne um 15 Prozent. Hunderte von Staatsbetrieben mussten schliessen; die Arbeitslosenzahl stieg von Null (1989) auf 520'000 (1993), was einer Quote von fast 11 Prozent entsprach. Weil die Subventionierung der Grundnahrungsmittelpreise und zahlreicher Industrieartikel eingestellt wurde, erhöhten sich die Ausgaben der Haushalte in den ersten fünf Jahren nach der Wende annähernd auf das Doppelte. Was Wunder, wenn es alsbald zu Protesten kam und die konservative Koalition 1994 den Sozialisten weichen musste.

Die Leistungen der Antall-Regierung werden heute selbst von ihren politischen Gegnern positiv beurteilt, weil die Schocktherapie reiche Früchte tragen

sollte. Anders als in anderen mittel- und osteuropäischen Ländern konnte eine auf freiem Wettbewerb basierende Privatisierung in Ungarn sofort greifen, was der Staatskasse innerhalb von wenigen Jahren Milliardeneinnahmen brachte – wodurch wiederum die rechtzeitige Tilgung der Schulden ebenso ermöglicht wurde wie die Grundlegung gesunder Strukturen.

Weitere, wichtige Reformschritte standen allerdings noch aus und fielen nunmehr der sozialistisch-freidemokratischen Regierung unter Gyula Horn zu. Bald stellte sich heraus, dass die Ungarn nochmals Einbussen würden in Kauf nehmen müssen. Im Gefolge drastischer Einschränkungen sanken die Reallöhne innerhalb eines einzigen Jahres um 10 Prozent. 1996 bewegte sich der Lebensstandard der ungarischen Bevölkerung im Verhältnis zum letzten «verfluchten» Jahr (1989) um 25 Prozentpunkte tiefer. Auch diese Opfer lohnten sich aber. Die Staatsfinanzen kamen zwar nicht ganz ins Lot, verbesserten sich aber sehr. Die Wirtschaft begann nachhaltig zu wachsen, Verbesserungen wurden auch für einfache Menschen spürbar – und in den ersten Jahren nach dem Jahrtausendwechsel erreichte der Lebensstandard dann endlich das Niveau von vor der Wende; beim Konsum war das 2001 der Fall, bei den Reallöhnen 2002, bei den Renten 2004). Seither wächst die Kaufkraft der Bevölkerung stetig an, für die nahe Zukunft sind die Experten optimistisch. Für das Bruttoinlandprodukt wird für 2006 ein Wachstum von 6 Prozent prognostiziert – und zum erstenmal seit 25 Jahren dürfte die Inflationsrate unter 3 Prozent sinken.

Nicht nur die Ungarn glauben an diesen Aufschwung. Zwischen 1990 und 2005 wurden der ungarischen Wirtschaft von ausländischen Investoren beinahe 40 Milliarden Euro zugeführt. In einigen Wirtschaftszweigen, wie der Autoindustrie, ist die Entwicklung spektakulär. Vor der Wende wurde hierzulande kein einziges Auto hergestellt, heute produzieren Audi, General Motors und Suzuki mehrere Millionen Motoren und mehrere hunderttausend Autos jährlich. Aus deren Export resultieren Einnahmen von rund 6 Milliarden Euro. Auch die chemische und pharmazeutische Industrie wächst stark, ebenso die Unterhaltungselektronik und Telekommunikation. Solche Be-

reiche sind bereits heute in hohem Masse wettbewerbsfähig und sorgen für eine gewisse Exportdynamik. Allerdings soll nicht verschwiegen werden, dass rund 70 Prozent der gesamten ungarischen Exporterlöse von Tochtergesellschaften weniger multinationaler Firmen erzielt werden, während der Exporteinnahmenanteil der Firmen in rein ungarischem Eigentum nicht einmal 10 Prozent erreicht.

Der Beitritt zur Europäischen Union wurde von der ungarischen Nation in erster Linie als vollberechtigte Rückkehr zur europäischen Gemeinschaft erlebt. Natürlich verheisst die Mitgliedschaft auch wirtschaftlich Gutes; dem erwünschten Beitritt zur Eurozone steht jedoch bis auf weiteres ein hohes Budgetdefizit im Weg. Neue Sparprogramme werden nötig sein, worauf die Bevölkerung nicht vorbereitet ist. Auch die Reform des Gesundheitswesens lässt noch immer auf sich warten, ebenso ein Massnahmenpaket zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Betriebe. Der Weg bleibt also beschwerlich, und es steht zu

Ältere Ungarn erinnern sich an die Geschichte des Kirschkernverkäufers. In den 70er Jahren war ein findiger Bürger auf die Idee gekommen, die von einem staatlichen Obstverarbeitungsbetrieb in den Müll geworfenen Kirschsteine zu sammeln, um sie einem pharmazeutischen Betrieb zu verkaufen, der ebenfalls dem Staat gehörte. Der Betreffende verdiente eine Zeitlang viel Geld, wurde dann aber als Betrüger an den Pranger gestellt und formell angeklagt. Seine Verurteilung wurde vom nationalen Fernsehen in einer Sondersendung übertragen; er bekam eine Gefängnisstrafe von fünf Jahren, die er auch absitzen musste. Anderthalb Jahrzehnte später hätte der gleiche Mann wohl eine Auszeichnung erhalten. Haben die Bürger Westeuropas einen derart abrupten Bruch ihrer Wertetafel je annehmen und verdauen müssen? Kennen sie die durch Kollektivierung verursachten Traumata – das furchtbare Gefühl also, in jahrzehntelanger, fleissiger Kleinarbeit gesparte Vermögen durch Enteignung zu verlieren? Wohl kaum. Und so können

Es gibt Verlierer der Wende; in den landwirtschaftlich geprägten Regionen des Landes liegt die Arbeitslosenquote nahe bei 20 Prozent.

hoffen, dass die Ungarn den Mut und die Ausdauer finden, auch diese nächsten, unbequemen Schritte zu tun.

Würde der Kommentar an dieser Stelle enden, wäre der Leserschaft mit Sicherheit ein zu positives Bild vermittelt worden. Es gibt Verlierer der Wende – vor allem auf dem Land. 1989 erzielte die ungarische Lebensmittelwirtschaft rund 18 Prozent des Volkseinkommens und 25 Prozent der Exporteinnahmen; damals bot sie Arbeit für 900'000 Menschen. Im Jahr 2004 betrug ihr Beitrag an das Volkseinkommen gerade noch 6 Prozent. Seit der Wende haben mehr als 600'000 Menschen ihre Arbeit verloren; in den landwirtschaftlich geprägten Regionen des Landes liegt die Arbeitslosenquote nahe bei 20 Prozent. Solche Zahlen indizieren enorme soziale Erschütterungen und erklären, weshalb auch heute noch über 30 Prozent der Befragten die eigenen Lebensumstände nicht eben rosafarben sehen: «*Unter Kádár war es besser*».

sie auch schwer ermessen, wieviel moralische Anstrengung, welches Mass an Anpassungsfähigkeit in den kleinen und grossen Dingen des Alltags notwendig war und noch notwendig ist, um in der Mitte Europas den Weg aus der Knechtschaft erfolgreich zu meistern.

GYÖRGY RASKÓ, geboren 1952, ist promovierter Agroökonom und arbeitet als selbstständiger Unternehmer im Agrobereich ebenso wie als Berater der ungarischen Regierung und verschiedene Verwaltungsstellen. Von 1994 bis 1998 war er Mitglied des ungarischen Parlaments.

Die Übertragung aus dem Ungarischen besorgte Eszter Kiss-Deák.